



Petra Merkel, MdB

Newsletter *** Newsletter *** Newsletter

Ausgabe: 06/2004

Was mich bewegt...

...ist natürlich die Umsetzung von Hartz IV. In den vergangenen Wochen ist das Reformprojekt Hartz IV Gegenstand vielfältiger und sehr emotional geführter Diskussionen geworden. Die Heuchelei der Union ist nicht zu ertragen, bei den Verhandlungen im Vermittlungsausschuss konnte denen keine Regelung zu scharf sein – jetzt wollen sie sich als Anwalt der Arbeitslosen aufspielen und sich aus der Verantwortung stehlen. Hartz IV ist die größte Arbeitsmarktreform in der Geschichte Deutschlands, bei der Fördern und Fordern im Vordergrund stehen. Die Umsetzung in Verordnungen bringt manchen neuen politischen Klärungsbedarf.

Sachinformationen sind notwendig, häufig allerdings schwierig, weil jede/r Betroffene mit der individuellen Lebenssituation einzeln betrachtet werden muss. Viele Ängste der Betroffenen kann ich nachvollziehen, denn die Panikmache von vielen Medien ist unerträglich: Da gab es das Gerücht der „Zwangsumzüge in Plattenbauten“, noch eins `rauf: in nicht-renovierte Plattenbauten – klar ist, dass die in Berlin nicht stattfinden werden. Die angemessene Größe der Wohnung und die Miete müssen in einem Verhältnis stehen – ein Umzugskarussell soll es nach einer Klarstellung des Senats nicht geben. Das Thema „Plündern von Sparbüchern der Kinder“ wird sicherlich weiter diskutiert werden: wichtig ist, dass die persönlichen Ersparnisse von Kindern anders behandelt werden müssen zur Heranziehung des Familieneinkommens. Besonders berücksichtigt werden müssen nach meiner Auffassung auch die Mittel, die Eltern zur Finanzierung einer Ausbildung für ihre Kinder ansparen. Versicherungen melden, dass Lebensversicherungen gekündigt werden. Eine Aufklärung über die wirkliche Anerkennung von Altersvorsorge findet scheinbar nicht statt. Nicht zuletzt ist die Entscheidung zu treffen, wann das Arbeitslosengeld II ausgezahlt wird. Dabei muss gerade in der Einführung eine Übergangsregelung getroffen werden, die sich an den Bedürfnissen der Betroffenen, die ihre monatlichen Verpflichtungen haben, ausrichtet und nicht an fiktiven Zahlungsterminen.

Die Ankündigung der Bundesregierung, dass ein Expertengremium noch einmal die Gesetzesumsetzung begleiten und möglicherweise auf Änderungsnotwendigkeiten

aufmerksam machen soll, reicht für mich nicht aus: Ich finde, dass eine Person wie zum Beispiel eine Ombudsfrau/ ein Ombudsmann auch das notwendige Vertrauen in die Überprüfung von Entscheidungen und eine klare Vertretung der Betroffenen repräsentieren soll. Ich bin sicher, dass in der Klausurtagung der SPD-Bundestagsfraktion Anfang September die Umsetzung der Hartz-Gesetzgebung noch einmal das entscheidende Thema sein wird.

In vielen Gesprächen habe ich festgestellt, dass verständliche Informationen – wir sind ja alle keine Sozialexperten – wichtig sind. Deshalb finden Sie am Ende des Newsletters das „Wörterbuch“ zu Hartz IV. Wichtig ist der Hinweis, dass jeder Einzelfall berücksichtigt werden muss.

<http://www.spd.de/servlet/PB/show/1035035/HartzIV-A-Z.pdf>

Ihre Petra Merkel

Aus dem Bundestag

TAG – Tagesbetreuungsausbaugesetz

Betreuung für Kinder unter drei Jahre – U 3

Das Kabinett hat das Tagesbetreuungsausbaugesetz – TAG – verabschiedet und so den Weg frei gemacht für den Ausbau der Betreuung für Kinder unter drei Jahren. Noch im Herbst wollen wir dieses Gesetz im Bundestag beschließen. Dann können wir 2005 mit der Umsetzung beginnen. TAG ist das zweite Standbein unseres Programms „Bildung und Betreuung“. Eine finanzielle Unterstützung für den Ausbau ist durch die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe geschaffen: Von den 2,5 Milliarden Euro an Einsparungen sollen die Kommunen – und damit auch das Land Berlin mit den Bezirken - nun ansteigend bis zu 1, 5 Milliarden Euro im Jahr 2010 für den Ausbau ihrer Betreuungsangebote aufwenden.

Das TAG stellt dabei keine unrealistischen Forderungen an die Kommunen, sondern trägt der momentanen Betreuungssituation in Ost- und Westdeutschland Rechnung: Im Westen wird ein schrittweiser Ausbau der Betreuungsquote angestrebt, im Osten steht hingegen die qualitätsorientierte Sicherung der bestehenden Angebote im Vordergrund.

Bis zum Jahre 2010 sollen dann bedarfsgerechte Betreuungsangebote dafür Sorge tragen, dass ganz Deutschland für junge Familien attraktiver wird und Mütter, Väter und Kinder auf verlässliche, gute und flexible Betreuung zurückgreifen können.

Gerade für uns Berlin hat die Schwerpunktsetzung auf die Tagesbetreuung für Kinder unter drei Jahre eine hohe Bedeutung: Denn unsere Angebote sind im Vergleich zu anderen Bundesländern selbst in diesem Bereich an der Spitze - reichen allerdings für den Bedarf noch nicht aus.

Derzeit steht in Westdeutschland lediglich für 2,7 Prozent der Kinder unter drei Jahren ein Krippenplatz zur Verfügung; während in Ostdeutschland 38 Prozent der Kinder ein Krippenangebot wahrnehmen können. Der bestehende Ost West-Unterschied und die teils auch innerhalb der Bundesländer sehr unterschiedliche Versorgungsquote sollen durch eine bedarfsgerechte Angebotsstruktur abgebaut werden. Künftig sollen daher für die Kinder im Alter unter drei Jahren Betreuungsplätze vorgehalten werden, deren Eltern erwerbstätig sind oder sich in einer beruflichen Bildungsmaßnahme befinden. Ein Bedarf wird auch bejaht bei Kindern, deren Wohl ohne die Betreuungsleistung nicht gewährleistet ist.

Anstrengungen der Wirtschaft für den Ausbildungspakt reichen noch nicht aus!

Allein in den letzten beiden Sprechstunden sind haben sich drei Schulabgänger/innen an mich gewandt, die Tipps und konkrete Hinweise für ihre Ausbildungsplatzsuche von mir erwartet haben. Mit Unterstützung der IHK und der Handwerkskammer läuft die Ausbildungsplatzvermittlung auf Hochtouren. Wobei wieder die Situation für die Jugendlichen unzumutbar ist, Mitte August noch keine Ausbildungsperspektive zu haben. Bei einer Veranstaltung der Debeka zum neuen Ausbildungsjahr hatte ich Glück: Ein Platz war noch nicht besetzt und ich konnte sofort den Kontakt zu einem Ausbildungsplatzsuchenden herstellen. Doch damit nicht genug: Auch Bundestagsabgeordnete können jetzt ausbilden. Zusammen mit einem freien Träger, der auch Bewerbungsvorschläge unterbreitet, wird eine breite Ausbildung zum Kaufmann/Kauffrau für Bürokommunikation gewährleistet. Jörg-Otto Spiller, mein Kollegen aus Mitte, und ich haben uns entschlossen, gemeinsam als Bürogemeinschaft einen Ausbildungsplatz anzubieten. – Beginn: 1. September 2004! Jetzt, wo es die Möglichkeit für uns gibt, ist es klar: Wir gehen auch als Politiker/in mit gutem Beispiel voran!

Für die Wirtschaft heißt es: Nicht nachlassen – wer die Ausbildungsplatzabgabe verhindern wollte, ist auch in die Pflicht und muss jetzt Ausbildungsplätze anbieten. Bundesweit haben bis Ende Juni die Industrie- und Handelskammern 3,5 Prozent, bis Ende Juli sogar 3,9 Prozent mehr Ausbildungsverträge als im Vorjahr gemeldet. Das ist ein Zwischenerfolg. Damit dürfen sich alle Beteiligten aber nicht zufrieden geben. Ziel bleibt - wie im Ausbildungspakt am 16. Juni vereinbart -, dass "alle ausbildungsfähigen und -willigen jungen Menschen eine Ausbildungschance erhalten".

Anfang September habe ich mit der Landesgruppe Berlin, den Berliner SPD-Bundestagsabgeordneten, einen Termin mit der IHK Berlin über die aktuelle Situation des Ausbildungspakts vereinbart.

Konjunkturentwicklung: Der Aufschwung gewinnt an Fahrt

Die Aussichten in der Wirtschaft werden besser, wie die aktuellen Konjunkturdaten zeigen. Die gesamtwirtschaftliche Leistung hat sich bereits im ersten Quartal dieses Jahres spürbar erhöht und damit den seit der zweiten Hälfte des letzten Jahres eingeleiteten konjunkturellen Erholungsprozess fortgesetzt. Steuereinnahmen steigen wieder an.

Die Bundesregierung geht - wie auch der weit überwiegende Teil der nationalen und internationalen Experten - davon aus, dass der Aufschwung in den nächsten Monaten an Breite gewinnen wird. Diese Erwartungen haben bereits zu Aufwärtskorrekturen der Prognosen zur Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts geführt. Auf einige Daten habe ich in meiner letzten Mail hingewiesen.

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) erwartet für 2004 ein Wachstum von 1,8 Prozent und rechnet für 2005 mit noch deutlicheren Zuwächsen von bis zu 2,1 Prozent. Der vom britischen Forschungsinstitut NTC ermittelte Einkaufsmanagerindex für den Industriezweig stieg für Deutschland im Juli um 0,7 auf 56,6 Prozentpunkte, der für die Euro-Zone um 0,3 auf 54,7 Punkte. Damit führt die deutsche Industrie die wirtschaftliche Erholung im Euro-Land an.

In den nächsten Monaten kommt es vor allem darauf an, das Vertrauen der Konsumenten und Investoren zu stärken, damit der außenwirtschaftliche Impuls möglichst schnell und breit auf die Binnenwirtschaft überspringt.

Bundeskanzler Gerhard Schröder in Polen

Als erster deutscher Regierungschef ist Bundeskanzler Gerhard Schröder am 1. August zu den Feierlichkeiten anlässlich des 60jährigen Gedenkens des Warschauer Aufstandes eingeladen worden. Die mit der polnischen Einladung verbundene Geste gegenüber unserem Land und die Teilnahme des Kanzlers sind von historischer Bedeutung und Ausdruck des gewachsenen Verhältnisses zwischen Polen und Deutschland. Gerhard Schröder hat Deutschland in würdevoller und angemessener Weise vertreten – dies ist nicht nur in Deutschland, sondern auch und insbesondere in Polen so aufgenommen und geschätzt worden. In dem gemeinsamen Gedenken an die Opfer des Warschauer Aufstandes liegt zugleich auch eine Perspektive für eine optimistische deutsch-polnische Zukunft und Partnerschaft unserer beiden Länder in der Europäischen Union.

Den Wortlaut der Rede finden Sie unter:

<http://www.bundesregierung.de/rede-,413.691262/Rede-von-Bundeskanzler-Schroed.htm>

Vor diesem Hintergrund sind die Äußerungen der Vorsitzenden der Vertriebenenverbände, Erika Steinbach, CDU-Bundestagsabgeordnete und Mitglied des CDU-Parteivorstandes, umso schärfer zu verurteilen. Mit der Rückendeckung ihrer Partei hat sie ein wichtiges und sensibles innen- und außenpolitisches Thema – noch dazu eines, zu dem die CDU während ihrer Regierungszeit nicht in der Lage war eine klare Regelung zu treffen – instrumentalisiert, um die Politik des Kanzlers zu kritisieren. Angela Merkel schweigt bisher dazu. Die CDU-Vorsitzende ist aufgefordert, sich klar und eindeutig vom Verhalten der CDU-Repräsentantin Frau Steinbach zu distanzieren.

Aus dem Wahlkreis

Als ich Ende Juni mit einigen Genossinnen und Genossen gesprochen habe, dass ich gern „Sommer-Gespräche“ anbieten möchte, hielten mich viele für ziemlich vergnügungssüchtig. Aber ich fand, gerade jetzt ist es wichtig, `raus auf die Straße zu gehen. Und so nutzte ich, unterstützt von Mitgliedern der SPD Charlottenburg-Wilmersdorf, die parlamentsfreie Zeit, um Sorgen, Kritik, aber auch Wünsche der Bürgerinnen und Bürger aufzunehmen.

Die Zwischenbilanz über meine bisherige Arbeit als Mitglied des Deutschen Bundestages und natürlich eine Rose wurden unter anderem bei den Infoständen auf den Wochenmärkten am Klausenerplatz, an der Eberbacher Straße (dort mit Christian Gaebler, MdA und parlamentarischer Geschäftsführer) am Hohenzollernplatz sowie am Karl-August-Platz verteilt.

Vor allem Hartz IV, die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe zum Arbeitslosengeld II, beschäftigt die Menschen. Nicht zuletzt durch ständig neue Hiobsbotschaften sind die Betroffenen wütend, verunsichert und besorgt. In den Gesprächen mit den Bürgerinnen und Bürgern versuche ich aufzuklären und für die Notwendigkeit der Reformen zu werben. Schriftliche Informationen zu diesen schwierigen Sachverhalten werden gern genommen. Und nicht selten kommen jetzt aufmunternde Worte, dass es schon besser wird mit der SPD!

Die Sommer-Gespräche dienen auch zur Kontaktpflege:

- Zum Beispiel das Kaffeetrinken mit der Anwohnerinitiative der Sesenheimer Straße. Nach einem ersten Treffen hat es durchaus positive Veränderungen im Bereich der Spielstraße gegeben, nicht zu letzt weil es mir gelungen ist, alle Zuständigen in die Spielstraße einzuladen. So sind inzwischen auf dem Spielplatz neuer Sand und Rindenmulch aufgeschüttet, die Hecken beschnitten worden – und seit langer Zeit geht die BSR mit ihren Besen jetzt auch in alle Ecken der Spielstraße. Im September ist eine Aufräumaktion mit der Anwohnerinitiative und dem Spielhaus geplant - mit anschließender Feier, versteht sich!

- In gemütlicher Runde am Weinbrunnen am Rüdeshheimer Platz traf ich mich mit Vertreterinnen und Vertretern der Handwerker-Innungen zum Gedankenaustausch. Die Ausbildungsplatzsituation für Jugendliche im Handwerksbereich, Abstimmungsschwierigkeiten mit einigen Berufsschulen, und die Auftragssituation der Handwerksbetriebe waren zentrale Themen. „Die Qualität der Handwerksarbeit darf nicht in den Keller gewirtschaftet werden“, war eine wichtige Botschaft.

- Schon während des Bundestagswahlkampfes 2002 war ich mit den Bewohnern rund um den Lietzensee im Dressel-Eck im Gespräch. Nun, knapp zwei Jahre später, fand die Fortsetzung statt - um eine erste Bilanz über meiner Arbeit zu ziehen und zu zeigen. Nach leidenschaftlicher, hitziger Diskussion war klar: „Gut, dass Sie gekommen sind. Das machen wir im nächsten Jahr wieder!“

Mit den Sommer-Gesprächen hat gezeigt: Die SPD versteckt sich nicht. Auch in schwierigen Zeiten suchen wir den Kontakt zu den Bürgerinnen und Bürgern. Allen die mitgemacht haben herzlichen Dank! Und: Das machen wir im nächsten Jahr wieder!

Dies und das

Arbeitskreis Neue Erziehung e.V.

Ein „Highlight“ war eine Reichstagsführung für den Arbeitskreis Neue Erziehung (kurz: ANE)! Der ANE hatte Eltern mit Kindern zum gemeinsamen Besuch mit mir eingeladen. So liefen Kinder und Kinderwagen schiebende Eltern fröhlich und interessiert durch das Gebäude: nach dem Betrachten der Graffities der sowjetischen Soldaten aus der Zeit der Eroberung des Reichstags 1945, über den Lobbybereich vor dem Plenarsaal, dem Gedenkraum für die Opfer des Nationalsozialismus, dem Andachtsraum bis in den SPD-Fraktionsraum. Die Kinder stürmten die Machtpositionen der SPD-Fraktion: Lisa-Marie war Gerhard Schröder, ein anderes Mädchen Hans Eichel. Mikrofone ein- und ausschalten lernt sich schnell... Die Diskussion der Erwachsenen über Politik war hinzunehmen, als die gelben Brotschachteln mit dem Aufdruck der Bildungskampagne der SPD-Fraktion „Lernen macht groß und stark“ verteilt wurden – natürlich mit Müsliriegel als Inhalt. Nach dem Besuch der Reichstagskuppel hatte der ANE ein reichhaltiges Picknick auf den Stufen zur Spree organisiert, das neugierige und manchmal auch neidische Blicke von den Passanten auf sich zog...

<http://www.ane.de>

Termine

Veranstaltung zum Klimaschutz:

Gemeinsam mit meinem Spandauer Kollegen Swen Schulz führe ich eine Diskussionsveranstaltung mit dem BUND und Prof. Dr. Holger Rogall, MdA, zum Thema „ durch.

Die Veranstaltung findet am Mittwoch, den 1. September 2004, um 19.00 Uhr im Reichstag statt. Da nur angemeldete Gäste Zugang zu den Liegenschaften des Deutschen Bundestages erhalten, ist eine Anmeldung in meinem Büro bis zum 25. August dringend notwendig!

Lietzenseefest – 4. September!!!

Auch in diesem Jahr wird wieder das Lietzenseefest der SPD Charlottenburg-Wilmersdorf stattfinden. Zum traditionellen Lietzenseefest auf der Schillerwiese im Lietzenseepark am Kaiserdamm/Ecke Witzlebenplatz lade ich Sie herzlich ein am Sonnabend, den 4. September 2004, von 14.30 bis 18.30 Uhr, zu viel Spaß, guter Musik von den "Brother of Blues", einem Streetballturnier, vielen Attraktionen und kulinarischen Genüssen aus der Europäischen Union ein.

Die SPD Charlottenburg-Wilmersdorf wird mit vielen Ständen informieren und bekannte Politikerinnen und Politiker stehen für persönliche Gespräche zur Verfügung. Ich würde mich sehr freuen, Sie an meinem Stand und auf dem „Familienfest für Europa“ begrüßen zu können.